

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebuth. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhengersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Rorsdorf, Postelwitz, Pröfzen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: A. Kofelapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reflektzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 105

Bad Schandau, Freitag, den 6. Mai 1927

71. Jahrgang

„Hebung des Lebensniveaus“

b. Siemens vor der Weltwirtschaftskonferenz.

„Durch Arbeit zur Wohlfahrt.“

Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf, die auch vielfach als das Parlament der Millionäre bezeichnet wird, hielt der deutsche Delegationsführer, von Siemens, seine mit Spannung erwartete Rede. Als Zweck der Konferenz bezeichnete Dr. von Siemens, in gemeinsamer Aussprache den Politikern die Grundforderungen der Wirtschaft aufzuzeigen, damit die bestehenden wirtschaftlichen Hemmungen abgebaut und der natürlichen Entwicklung wieder freier Spielraum gewährt werden kann. Nur so kann in gemeinsamer Arbeit das von allen erstrebte Ziel „Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung“ erreicht werden. Es wäre ein großer Erfolg der Konferenz, wenn einige zum Teil vielleicht nur vorbereitende, den Weg in die Zukunft ebene Empfehlungen ausgesprochen werden würden, von denen die Welt aber auch die Überzeugung bekäme, daß sie mit einigem guten Willen von den Politikern durchgeführt werden könnten.

Die Beeinflussung der Wirtschaft durch die Staatsleitungen ist heute viel größer als vor dem Kriege. Viele Staaten haben Maßnahmen mit Rücksicht auf mögliche Kriege getroffen. Hierdurch ist eine starke Beeinträchtigung der natürlichen Produktionsbedingungen zum Schaden der Lebenshaltung der Bevölkerung eingetreten. Weiterhin sind die Produktionsstätten aus Kriegs- und Inflationsgründen weit über das notwendige Maß vergrößert.

Herr von Siemens kam dann auf die nach dem Kriege eingetretene Arbeitslosigkeit in Europa zu sprechen, die

er in der Hauptsache auf die plötzliche Verteuerung der Arbeitskräfte in Europa zurückführt. Es ist die große Frage, was sozial richtiger ist, dafür zu sorgen, daß möglichst viele Menschen Arbeit haben, wenn auch zu einem etwas geringeren Einkommen, oder daß diejenigen, die im Besitz von Arbeit sind, möglichst viel verdienen und dann von diesem Verdienst zum karglichen Unterhalt der anderen abgeben. Alle Wirtschaftler müßten sich stets ihrer obersten Pflicht bewußt bleiben, für das Wohl des gesamten Volkes zu sorgen, und sich vor Augen halten, daß das Ergebnis ihrer Arbeit den Lebensstandard ihres Volkes in materieller, sozialer und kultureller Art bestimmt.

Die in deutscher Sprache gehaltene Rede des Präsidenten des Reichswirtschaftsrats, von Siemens, wurde von den außerordentlich zahlreichen Delegierten, die der deutschen Sprache mächtig waren, mit lebhaftem Interesse angehört. Etwa fünfzig Delegierte und Sachverständige hatten sich in der Nähe der Rednertribüne aufgestellt, um den Ausführungen des Herrn von Siemens besser folgen zu können, der für seine Darlegungen von allen Vätern lebhaften Beifall erntete.

Der Wettbewerb für das Völkerbundeshaus.

Das Preisgericht für den internationalen Architektwettbewerb für das Völkerbundesgebäude hat seinen der eingereichten 377 Entwürfe zur Ausführung empfohlen. Die gesamte Preissumme von 165 000 Franken wurde in neun erste Preise von je 12 000 Franken und in neun zweite und neun dritte Preise von je 3800 bzw. 2500 Franken aufgeteilt. Unter den neun ersten Preissträgern befinden sich auch zwei deutsche Firmen. Die weiteren ersten Preise entfallen auf drei Franzosen, zwei Italiener, einen Schweizer und einen Schweden.

Polnische Militärbasis in Danzig?

Nachdem von amtlicher polnischer Seite bisher immer das Bestehen einer größeren polnischen Militärbasis, die über die Zahl von 88 Militärpersonen nach einer ausnahmsweisen Genehmigung für das polnische Munitionslager auf der Westerplatte hinausgeht, abgelehnt worden ist, wird heute, wie die Deutsche Tageszeitung aus Danzig meldet, bekannt, daß Polen insgeheim Danzig doch zu einer Militärbasis ausgebaut habe. Zuverlässig werde berichtet, daß durch eine neuerliche polnische Verordnung die Stelle eines polnischen Garnisonkommandanten in Danzig eingerichtet worden sei, bei der sich alle polnischen Militärpersonen nach ihrem Eintreffen zu melden haben.

Neue Gewaltmaßnahmen der Polen in Oberschlesien

Kattowitz, 5. Mai. Wie aus Kattowitz gemeldet wird, ist dort gestern Abend auf Veranlassung der politischen Polizei der Spitzenkandidat der Deutsch-katholischen Volkspartei, Konsumverwalter Janoschke, ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Diese Verhaftung bringt man in Zusammenhang mit der am nächsten Sonntag in Kattowitz stattfindenden Nachwahl für die als ungültig erklärte Kommunalwahl. In Kattowitz wurde ein Kandidat der deutschen Liste für die am kommenden Sonntag stattfindenden Nachwahlen gezwungen, sofort seine Kandidatur niederzulegen, da er sonst seine Stellung verlieren würde. In Zhwallowitz wurde sämtlichen Kandidaten der deutschen Liste, die auf der Donnersmarck-Grube beschäftigt sind, am 2. Mai gekündigt, ebenso denjenigen Arbeitern, die ihre Kinder in die deutsche Minderheitsschule schickten.

Die deutschen Zeitungen in Memel beschlagnahmt.

Mudra aus Memel abgereift.

Memel, 5. Mai. Gestern und heute wurde in Memel eine Anzahl deutscher Zeitungen beschlagnahmt, die Nachrichten über die Brückierung des hiesigen deutschen Generalkonsuls Dr. Mudra durch den litauischen Gouverneur des Memelgebietes veröffentlicht hatten. Dem gleichen Schicksal verfiel auch eine deutsche illustrierte Zeitschrift, die Bilder aus Memel veröffentlicht hatte. — Der deutsche Generalkonsul Dr. Mudra ist heute auf dem Luftwege nach Berlin abgereift.

Weitere Kündigungen deutscher Lehrkräfte in Oberschlesien.

Kattowitz, 5. Mai. Von der Schulabteilung der Wojewodschaft wurde heute in Kattowitz zwei reichsdeutschen Studienräten und einem Studienrat mit polnischer Staatsangehörigkeit an der Oberrealschule und drei weiteren deutschen Lehrkräften

an dem Minderheitslyzeum zum Schluß des Schuljahres, also zum Juni, gekündigt. An der Oberrealschule kommen damit die drei letzten akademisch vorgebildeten deutschen Lehrkräfte zur Entlassung.

Eine Delegation der deutschen Elternbeiräte des Minderheitsgymnasiums und der Oberrealschule in Königshütte, an denen vorgestern deutschen Lehrkräften gekündigt wurde, ist heute beim Wojewode vorstellig geworden, ob er als Ersatz für die deutschen Lehrkräfte über gleichqualifizierte Lehrkräfte verfüge. Der Wojewode bejahte diese Frage, sagte allerdings, daß er erst in den nächsten Tagen eine genaue Antwort erteilen könne.

Scharfe Sowjetnote an den Moskauer chinesischen Gesandten.

London. „Chicago Tribune“ meldet aus Peking: Die Sowjetregierung hat dem chinesischen Geschäftsträger in Moskau eine scharfe Note überreicht, in der es heißt, wenn die in den russischen Gebäuden in Peking verhafteten Beamten und Frau Borodin und ihre Begleiter dieselbe Behandlung erfahren würden wie die jüngst erdrosselten chinesischen Kommunisten, so würde Moskau „unverzüglich angemessene Schritte tun“. Infolgedessen ist die Verhandlung gegen die russischen Gefangenen plötzlich aufgehoben und eine Konferenz von militärischen und juristischen Beamten sowie Beamten des Ministeriums des Äußeren einberufen worden.

Die Shanghaier Studenten für Unterstützung Tschangtsaijets.

Shanghai, 5. Mai. Hier fand gestern eine Versammlung von 6000 Studenten statt, die einen ruhigen Verlauf nahm. Die Versammlung faßte den Beschluß, die Nanjing-Regierung Tschangtsaijets zu unterstützen. Weiter wurden Entschuldigungen angenommen, in denen die Säuberung der Schulen von kommunistischen Elementen und die Ausweisung Borodins aus China gefordert wird. — Auf dem Rennplatz fand heute die erste Parade von 2000 amerikanischen Marinekräften vor General Butler statt. Die amerikanischen Luftstreitkräfte sind in der Mungapo in der Manila-Bai stationiert, von wo die Ankunft von zwei Abteilungen schwerer Artillerie hier erwartet wird.

Ungeklärter Komitatshilieberfall auf griechisches Gebiet.

Wie aus Athen gemeldet wird, hat eine Bande bulgarischer Komitatshis die griechische Grenze überschritten, um eine Eisenbahnlinie zu zerstören. Es sei dabei zu einem Zusammenstoß mit griechischem Militär gekommen, wobei die Komitatshis Verluste erlitten hätten. Bedeutende griechische Verstärkungen seien nach der Grenze beordert, um die Eindringlinge zurückzuwerfen.

Für eilige Leser.

* In der gestrigen Kabinettsitzung unter Vorsitz des Reichskanzlers wurde das vorliegende, sehr weitläufige Programm nicht zu Ende besprochen, so daß heute nachmittag um 3 Uhr eine neue Kabinettsitzung stattfinden wird.

* Die sozialdemokratischen Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, M. d. R., und Dr. Oswald Richter-Wien waren nach Sofia gereist, um dem Prozeß gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Illegalen Organisation beizuwohnen. Nach zweistündiger Anwesenheit im Gerichtssaal wurden beide am Donnerstag von der Polizei verhaftet. Erst nach Intervention der deutschen Gesandtschaft wurde die Freilassung erreicht. Beide wurden jedoch ausgewiesen und mußten am Donnerstagabend die Rückreise antreten.

* Nach einer Meldung aus Genf wird die einberufene Seeabrüstungskonferenz, die die Länder England, Amerika und Japan umfasst, wie nunmehr offiziell bestätigt wird, am 20. Juli in Genf beginnen.

* Die französischen Ozeanflieger Romain und Mounegres sind am Donnerstag von Saint Louis an der Ostküste Afrikas nach Brasilien abgeflogen.

* Aus Havanna wird berichtet, daß am 4. Mai in der Pulverfabrik von Las Bogas eine folgenschwere Explosion stattfand. 14 Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, während etwa 100 sehr schwere Verletzungen erlitten.

Gieg der Deutschen Sprache in Lettland.

Von Dr. Volkmar Löber, Berlin.

Die jüngsten politischen Ereignisse in den östlichen Randstaaten lassen darauf schließen, daß sich hier in der letzten Zeit doch wichtige Ereignisse abgespielt haben. Man denke nur an die Bemühungen Englands, den seit Jahren bestehenden Gegensatz zwischen Litauen und Polen, der seinen Grund in der Besetzung des litauischen Willagebietes durch Polen hat, zu beilegen, zum mindesten zu mildern, um dadurch eine möglichst umfassende Kette von England politisch abhängiger Staaten gegen Rußland zu gewinnen. Die nach längerer Unterbrechung jetzt vor dem Abschluß stehenden Neutralitätsverhandlungen Rußlands mit Estland, Lettland und Finnland, die von Rußland mit der größten Ausdauer betrieben werden, um die Einflußmöglichkeit Englands in diesen Staaten zurückzudrängen, gehören ebenfalls in diesen Rahmen, ferner die zwischen Estland und Lettland abgeschlossenen Grundverträge einer Zollunion und die Versuche Englands und Frankreichs, in Estland und Lettland mit wirtschaftspolitischen Mitteln Einfluß zu erlangen. Alles politische und wirtschaftspolitische Vorgänge, die klar erkennen lassen, daß diese Gebiete, die zu der Zeit, als sie unter der russischen Zarenkrone standen, d. h. fast 200 Jahre hindurch, im politischen Leben der Völker eine Rolle spielten, jetzt, nachdem sie selbständige Staaten geworden sind, in das weltpolitische Kräftefeld eingereiht erscheinen.

Diesen Bestrebungen Englands, Rußlands und auch Frankreichs scheinen leider diejenigen Deutschlands nicht immer zu entsprechen. Das zeigt sich u. a. darin, daß Deutschland bis heute noch immer keinen endgültigen Handelsvertrag mit Estland geschlossen hat und damit Frankreich, Amerika und England gegenüber, die Handelsverträge mit Estland besitzen, zolltariflich z. T. erheblich schlechter gestellt ist. Auch sind, wie die Aussprache im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Reichstags kürzlich bewies, Litauens Angebot einer deutsch-litauischen Zollunion, noch keine entsprechenden Schritte deutscherseits erfolgt.

Wir haben aber allen Grund, gerade in diesen Gebieten nicht untätig beiseite zu stehen; denn, um im Osten erfolgreich zu sein, genügt es heute nicht mehr, durch Verträge mit Rußland in einem guten politischen Verhältnis zu stehen. Das „Östproblem“ ist seit Entstehung der Randstaaten gegenüber dem der Vorkriegszeit gänzlich verändert. Diesen veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, verpflichtet uns im eigenen Staatsinteresse nicht zuletzt die Tatsache, daß die Randstaaten gemißt sind, unter Ablehnung einer Rückkehr zu Rußland, ihre gewonnene staatliche Selbständigkeit unbedingt zu erhalten und — wie die Erklärungen ihrer führenden Staatsmänner wiederholt bewiesen haben — zur Stärkung ihrer staatlichen Existenz politisch Anlehnung an Westeuropa zu suchen.

In diesem Augenblick hat sich nun in Lettland ein Ereignis abgespielt, das uns zwingt, der Entwicklung in den baltischen Provinzen verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Lettland stellte im Bildungsausschuß seines Landtages die Frage, welche Fremdsprache zukünftig als erste Fremdsprache in den lettischen Schulen einzuführen sei. Bezeichnend ist, daß in die „engere Wahl“ nur die deutsche und russische Sprache kamen. Eine noch aus der Nachkriegspsychologie erklärende Anregung, der englische Sprache den Vorzug zu geben, fand keinen Anklang. Ebenso wie in Estland ist man sich auch in Lettland jetzt bewußt, daß bei allem mit England angestrebten und auch geführten Handel vor allem die Nachbarn Rußland und Deutschland als wichtigste Staaten auch bei der Kulturpolitik des Landes gebührend in Rechnung zu stellen sind. Das gleiche Schicksal erlitt der Antrag eines Bauernbündlers, der — und damit trug er seinen Nationalismus treffend zur Schau — die Ansicht vertrat, daß das Erlernen einer vorgeordneten Fremdsprache überflüssig sei. Die Lettifizierung schreite so vorwärts, daß für den heranwachsenden Durchschnittsletten die Kenntnis seiner Muttersprache genüge. Schon der Hinweis darauf, daß dann sämtliche Minderheiten gegenüber dem Staats-